

Wahlprüfsteine

Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., Bündnis Bürgerenergie e.V., Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V., Die Freunde von Prokon e.V., E-W-Nord, Sonnenkraft Freising e.V., Solarverein Goldene Meile e.V., Vereinigung zur Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien Sachsen e.V., Regionale Energie- und Klimaschutz Agentur e.V., Mitteldeutsche Energiegenossenschaft, Energiewende ER(H)langen e.V., Energiebündel Roth-Schwabach e.V., Bayern Allianz für Atomausstieg und Klimaschutz, terra-solar e.V., VERENA e. V. Verein für erneuerbare Energien in Aalen, Sonnenernte e.V. Ketsch, Umweltschutzverein in Isernhagen und Umgebung e.V., Sun On Sonnenkraftwerke Lüneburg e.V., SolarLokal Kirchhorst, Demokratische Initiative Vaihingen und Nachbargemeinden, Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse zur Bundestagswahl 2017

Antworten der Freien Demokraten

1) Herausforderungen im Klimawandel

- a) **Betrachten Sie die Abbremsung des sich beschleunigenden Klimawandels als die größte Herausforderung der Menschheit?**

Ja, mit Einschränkungen

Der Klimawandel stellt eine Gefahr für unseren Lebensraum und damit für ein friedliches Zusammenleben dar. Wir Freie Demokraten bekennen uns daher uneingeschränkt zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und zum Pariser Klimaabkommen. Da die Probleme der Klimapolitik aber nur international gelöst werden können, lehnen wir nationale Alleingänge diesbezüglich ab.

- b) **Sehen Sie die Notwendigkeit, Maßnahmen zum Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre voranzutreiben (z. B. Aufforstung, langfristige stoffliche Nutzung von Biomasse, Einarbeitung von Holzkohle in Ackerböden (Terra preta))?**

Ja, mit Einschränkungen

Wir Freie Demokraten wollen mit dem Emissionshandel als zentralem Steuerungsinstrument im Klimaschutz die Innovationskraft der Märkte nutzen, zunächst in der EU, so schnell wie möglich weltweit. Eine Unzahl von Klimaschutzzielen und -instrumenten für unterschiedliche Lebensbereiche und Branchen verteuern den Klimaschutz unnötig und blockieren die Mittel für alternative Optionen der Treibhausgasreduzierung. Bessere Impulsgeber für klimafreundliche Innovationen sind ein weltweiter Preis

für CO₂-Emissionen, langfristig verlässliche Emissionsziele und unternehmerische Flexibilität beim Handel mit den Emissionszertifikaten.

Langfristig positive Beiträge zum Klimaschutz kann die Forst- und Holzwirtschaft vor allem mit einer verstärkten stofflichen Holznutzung und einer entsprechend dauerhaften CO₂-Bindung erreichen (Produktspeicher).

c) Die Erderwärmung und der damit verbundene Klimawandel werden Anpassungen der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Verteidigungspolitik erfordern. Wo sehen Sie den dringlichsten Handlungsbedarf?

Wir Freie Demokraten treten für verbindliche internationale Klimaziele ein. Dazu setzen wir auf Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument sowie Ressourceneffizienz und die Entwicklung neuer und klimafreundlicher Technologien.

d) Wie stehen Sie zu der Forderung, Klimaschutz und Schutz vor radioaktiver Verstrahlung als eine von jedem Bürger einklagbare Verpflichtung des Gesetzgebers im Grundgesetz festzuschreiben?

Wir Freie Demokraten bekennen uns uneingeschränkt zu internationalen Klimaschutzabkommen. Eine gesonderte Aufnahme von Klimaschutz im Grundgesetz halten wir aber nicht für notwendig.

2) Chancen der Energiewende

a) Bitte zählen Sie die wichtigsten Vorteile auf, die sich Ihrer Meinung nach aus einem Umstieg der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien und Energiespeicher ergeben.

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein und stehen neuen Technologien dabei offen gegenüber, auch wenn auf fossile Energieträger auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden kann. Erneuerbare Energien sind für uns ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Sie haben auf dem deutschen Strommarkt bereits einen Anteil von rund 30 Prozent.

3) Umsetzungsrahmen für 100% Erneuerbare Energien

a) Bis wann wollen Sie den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien realisiert haben? Bitte geben Sie eine konkrete Jahreszahl an.

Erneuerbare Energien stellen für uns Freie Demokraten einen wichtigen Bestandteil für den Energiemix der Zukunft dar. Einen kompletten Ersatz fossiler Energieträger sehen wir auf absehbare Zeit aber nicht.

b) Wollen Sie die Bundesregierung darin unterstützen, die ehemalige nationale Vorreiterrolle beim Klimaschutz wieder einzunehmen?

Ja, mit Einschränkungen.

Vorreiter ist für uns nicht unbedingt der, der im nationalen Alleingang besonders viele Verordnung in Sachen Klimaschutz erlässt. Wichtig ist für uns aber, dass Deutschland zum Beispiel mit Innovationen und den neusten Technologien einen Beitrag für den weltweiten Klimaschutz leisten kann. Hier wollen wir die Forschung fördern.

c) Setzen Sie sich für Folgendes ein? (Bitte antworten Sie mit „Ja/ nein/ mit Einschränkungen“ und fügen Sie ggf. eine Begründung an.)

- **Beseitigung der Deckel für Wind- und Solaranlagen**
- **Abschaffung der EEG-Umlage auf Eigenversorgung und Mieterstrom**
- **Entbürokratisierung der Gesetzgebung, insbesondere des EEG**
- **Abschaffung des Ausschreibungsverfahrens für Erneuerbare Energien (oder alternativ für eine Ausweitung der Ausnahmeregeln für kleinere Akteure)**

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet:

Erneuerbare Energien sind für uns ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Sie haben auf dem deutschen Strommarkt bereits einen Anteil von rund 30 Prozent. Damit ist das Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die Markteinführung erneuerbarer Energien zu erreichen, längst umgesetzt. Viele Bestandsanlagen und Neubauprojekte können an geeigneten Standorten heute ohne Subventionen wirtschaftlich betrieben werden. Auch für die erneuerbaren Energieträger müssen in Zukunft die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten. Denn nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Deshalb sollen künftig nicht Gesetze und durch die Politik festgelegte Ausbauziele darüber entscheiden, mit welchem Energieträger und welcher Technologie zur Energieversorgung beigetragen wird. Anstelle weit in eine ungewisse Zukunft geplanter Ausbauziele für erneuerbare Energieträger soll das Auswahlverfahren des Marktes die Leitplanken der Investitionen in Netz und Kraftwerkskapazitäten setzen. Deshalb wollen wir das Dauersubventionssystem des EEG mit Einspeisevorrang und -vergütung beenden. Anlagen mit Förderzusage genießen Bestandschutz.

- **Einführung einer Baupflicht für Anlagen zur erneuerbaren Strom- und Wärmeversorgung auf Neubauten, sowie Nachrüstpflicht auf Altbauten**

Nein. Wir Freie Demokraten wollen die Potenziale der energietechnischen und energiewirtschaftlichen Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen („Sektorkopplung“) bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich nutzen. Wir lehnen eine planwirtschaftliche Umsetzung durch die Bundesregierung ab.

- **Vereinfachte Zulassung (z.B. ohne Meldepflicht) von Kleinst-PV-Anlagen, wie sogenannten „Balkonkraftwerken“ oder „Streckerkraftwerken“**

Ja.

- **Erleichterungen für Baugenehmigungen von Windparks bundesweit unter Beachtung des Natur- und Anwohnerschutzes (auch in Süddeutschland)**

Nein. Oftmals sind gerade Windparks mit einer drastischen Einschränkung der Lebensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner sowie massiven Eingriffen in die Natur und das Landschaftsbild verbunden. Deshalb sind die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Errichtung solcher Anlagen so zu ändern, dass bei zunehmender Größe von Windkraftanlagen und einer damit verbundenen stärkeren Belastung auch der Abstand zur nächsten Wohnbebauung, zu Brutstätten etc. entsprechend steigt. Das sehen wir mit der sogenannte 10H-Regel gewährleistet: Hier beträgt der Abstand zur Wohnbebauung mindestens das Zehnfache der Gesamthöhe der Windkraftanlage. Außerdem sollen sich die Abstandsgrenzen zu Brutstätten und Nahrungshabitaten gefährdeter Vogelarten verbindlich nach den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten richten (Helgoländer Papier).

- **Unterstützung des naturverträglichen Baus von Windparks in Wirtschaftswäldern**

Nein. Auch Wirtschaftswälder sind Wälder, die auch ihre Rolle im Natur- und Klimaschutz (CO₂-Aufnahme) spielen. Windparks brauchen Fläche. Windparks in Wäldern vernichten Waldflächen mit langfristigen Folgen.

d) Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Elektromobilität fördern? Sehen Sie Hemmnisse, die beseitigt werden müssen?

Aus der von uns Freien Demokraten beabsichtigten Ausweitung des Emissionshandels auf den Verkehrssektor resultiert eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Elektromobilität, wenn hierfür Strom aus Energieträgern ohne oder nur geringen CO₂-Emissionen genutzt wird. Auch die schrittweise Reduktion der Schadstoffgrenzwerte aus Diesel- und Otto-Motoren fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Elektromobilität. Wir werden Hemmnisse für den Ausbau der Ladeinfrastruktur beseitigen und die technologieoffene Forschung und Entwicklung sauberer Fahrzeugantriebe fördern. Kaufprämien für Elektroautos oder einen staatlich geplanten Ausstieg aus der Nutzung von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab.

e) Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Energieeffizienz und Einsparung voranzubringen?

Vor allem in der Energieeffizienz, die sich rechnet, sehen wir ein wichtiges Element der Reduktion von Treibhausgasen. Wir streben einen technologieneutralen, smarten und effizienten Wettbewerb der besten Lösungen an, der durch eine klare Führungsgröße getrieben wird: einen weltweiten Preis für CO₂-Emissionen.

4) Umsetzungsschritte zu einer dezentralen Versorgungssicherheit

a) Wie wollen Sie dezentrale Versorgungskonzepte (z.B. Quartierslösungen) in einer künftigen Energieversorgung stärken?

Eine Stärkung der Quartierslösungen in neuen Energieeinsparrecht ist als neuer Impuls prinzipiell zu begrüßen. Energieeffiziente Lösungen für Quartiersansätze – Vereinbarungen von Bauherren oder Gebäudeeigentümern, deren Gebäude in räumlichem Zusammenhang stehen – können durch eine ge-

meinsame Wärme- und Kälteversorgung beziehungsweise Strom aus erneuerbaren Energien ermöglicht werden. Eine Flexibilisierung weg von der gebäudescharfen zu einer quartiersbezogenen Bilanzierung kann zu einer Verbesserung im Sinne marktgängiger energieeffizienter Lösungen sein.

b) Sehen Sie den Ausbau von Energiespeichern (Kurz-, Mittel- und Langzeitspeichern) als dringende Schwerpunkt-Aufgabe bei der Umstellung auf 100% Erneuerbare Energien?

Ja. Für eine weitere Verlagerung des Energiemixes hin zu Erneuerbaren Energien müssen neue innovative Energiespeicher entwickelt werden. So können schwankende Erzeugung und Stromverbrauch aufeinander abgestimmt werden. Die Entwicklung von Speicher- beziehungsweise Nutzungsmöglichkeiten muss marktwirtschaftlich und technologieoffen erfolgen.

c) Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, den Ausbau und die flächendeckende Nutzung von Strom- und Wärmespeichern in Deutschland zu beschleunigen.

Auch beim Ausbau von Strom- und Wärmespeichern gilt: Es müssen die richtigen Anreize unter marktwirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Weitere Subventionen halten wir Freie Demokraten für den falschen Weg.

d) Wollen Sie den weiteren Ausbau zusätzlicher Fernübertragungsnetze beenden?

Nein. Die Neustrukturierung der Energieversorgung, wie auch immer sie sich in den kommenden Jahrzehnten entwickeln wird, erfordert die Anpassung des Stromnetzes an Flexibilitätsanforderungen und die überregionale Übertragung großer Strommengen. Daher ist der Ausbau des Übertragungsnetzes zwingend notwendig, allerdings wird sich zeigen, in welchem Umfang das letztlich geschehen muss.

5) Umsetzungsschritte durch Sektorenkoppelung

a) Bis wann streben Sie eine Konvergenz der Energiemärkte Strom, Wärme und Mobilität (bis hin zur vollständigen Sektorkoppelung) an?

Wir Freie Demokraten wollen die Potenziale der energietechnischen und energiewirtschaftlichen Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen („Sektorkoppelung“) bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich nutzen.

b) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dies erreichen?

Wir Freie Demokraten lehnen eine planwirtschaftliche Umsetzung der Sektorkopplung ab. Denn wir sehen in staatlicher Investitionslenkung, wie beispielsweise der zwangsweisen Einführung von Elektroautos durch ein Verbot von Verbrennungsmotoren, keine geeignete Klimaschutzstrategie.

c) Welche Bedeutung messen Sie den folgenden Technologien bei: power-to-gas, power-to-liquid, power-to-heat?

Power-to-Gas und Power-to-Heat spielen für die Sektorkopplung zur Integration Erneuerbarer Energieträger in die Energieversorgung eine wichtige Rolle. Wir Freien Demokraten sind davon überzeugt, dass diese Technologien im Rahmen eines sektorübergreifenden Emissionshandels an Bedeutung gewinnen. Aus ansteigenden Preisen für fossile Energieträger resultiert ein Wettbewerbsvorteil solcher Technologien im Wärmesektor. Eine gesonderte Förderung, die über die Grundlagenforschung und Realisierung von Pilotprojekten hinausgeht, lehnen wir jedoch ab.

6) Umsetzungsschritte zur Kosten-Klarheit und Kosten-Wahrheit

a) Werden Sie sich für eine nationale CO₂-Steuer bzw. Abgabe einsetzen? Wenn ja, in welcher Höhe und wer soll diese Steuer zahlen.

Nein. Wir Freie Demokraten wollen mit dem Emissionshandel als zentralem Steuerungsinstrument im Klimaschutz die Innovationskraft der Märkte nutzen, zunächst in der EU, so schnell wie möglich weltweit. Deshalb wollen wir als ersten Schritt den EU-Emissionshandel durch eine Ausweitung auf weitere Sektoren stärken und damit fit für zukünftige Kooperationen mit anderen internationalen Emissionshandelssystemen machen. Eine zusätzliche Abgabe auf Kohlendioxid nur in Deutschland lehnen wir ebenso ab, wie nationale Mindestpreise.

b) Werden Sie sich für eine Brennelemente-Steuer einsetzen?

Nein.

7) Umsetzungsschritte zum Ausstieg aus Atom und Kohle

a) Halten Sie am Atomausstieg fest?

Ja. Wir Freien Demokraten stehen zum von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gewollten Ausstieg aus der Kernkraftnutzung.

b) Soll die Urananreicherung in Gronau weiter betrieben werden?

c) Soll die Brennelementefabrik in Lingen weiter betrieben werden?

Die Fragen c) und d) werden im Zusammenhang beantwortet:

Sofern das im Rahmen der bestehenden Genehmigungen und Gesetze geschieht, ja. Für uns Freie Demokraten ist der mehrheitliche Wille der deutschen Bevölkerung, aus der Kernenergie auszusteigen, die Geschäftsgrundlage.

d) Sind Sie dafür, aus dem EURATOM-Vertrag auszuscheiden?

Nein. Ein einseitiger Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag ist weder juristisch noch politisch sinnvoll. Juristisch ist das zuständige Außenministerium der Rechtauffassung, dass eine einseitige Kündigung nicht möglich ist. Politisch würde Deutschland zum einen an internationalen Einfluss in Fragen der Atompolitik verlieren und zum anderen beinhaltet der EURATOM-Vertrag neben den bald abgeschal-

teten Kernkraftwerken noch andere Bereiche wie Sicherheit, Nuklearmedizin, Forschung, Wissenschaft, die Nichtverbreitung von nuklearem Material und die Entwicklung und Einhaltung von einheitlichen Sicherheitsnormen.

e) Halten Sie es für sinnvoll – ähnlich wie beim Atomausstieg – auch für jedes Kohlekraftwerk die endgültige Stilllegung gesetzlich festzuschreiben?

Nein.

f) Bis wann soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen?

Solange volatile Energien aktuell und auch in absehbarer Zeit weder transportiert noch ausreichend gespeichert werden können, ist ein vollständiger Ausstieg aus der Kohleverstromung weder möglich noch sinnvoll.